

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

16.01.2018

Sender: MLPD

Von hodo / ffz

19.01.218

Warum Erdogan jetzt die YPG „vernichten“ will



Seit Samstagmorgen wird der Kanton Afrîn des Gebiets Rojava (Demokratische Föderation Nordsyrien) verstärkt von türkischem Militär und faschistischen Milizen angegriffen.

Dienstag, 14:30 Uhr

Die YPG/YPJ nehmen die Stellungen der Angreifer unter Feuer (foto: VOA/gemeinfrei)

Laut der kurdischen Nachrichtenagentur ANF wurden „zunächst von den türkischen Militärbasen in Reyhanlı und Kırıkhan in der Provinz Hatay Artilleriegranaten auf Dörfer

in Cindirês im Kanton Afrîn abgefeuert. Gleichzeitig griffen Milizen Dörfer in Şerawa und ebenfalls in Cindirês mit Artillerie an.“



Nach Angaben der kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) wurden bei den Angriffen ein YPG-Kämpfer getötet und mehrere Zivilisten verletzt. Die Angriffe der Türkei dauern an.

Ein Bild aus älterer Zeit: Mittlerweile operieren Russland und die Türkei ausschließlich wieder auf eigene Rechnung (foto: Kremlin.ru (CC BY 4.0))

Laut YPG-Angaben leisten die Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG/YPJ) „entschiedenen Widerstand“ und nahmen die Zentren, von denen die Angriffe ausgingen, unter Feuer. Dabei wurde „eine Vielzahl“ der Angreifer von der am Angriff beteiligten Miliz HTŞ - ein faschistischer regionaler Al-Quaida-Ableger - getötet und verletzt.

Warum jetzt diese Attacke, und die vorausgegangene Ankündigung des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan, Afrîn anzugreifen und die YPG „innerhalb einer Woche“ zu vernichten? Dazu ein Mitglied des Kurdischen Gesellschaftszentrums (NAV-DEM) aus Essen: „Erdoğan handelt, weil er Angst hat, alles zu verlieren. In Syrien hat er seine Ziele nicht erreicht. Kobanê und Cizire anzugreifen traut er sich nicht, denn diese beiden Kantone Rojavas sind mittlerweile zu stark. International hat er sich isoliert. Ich bezweifle allerdings ob er mit seiner jetzigen Operation Erfolg hat.“

Neben innenpolitischen Problemen des faschistischen Regimes, wie der großen Unzufriedenheit der Massen über explodierende Preise, ist der Bruch des sogenannten Vertrags von Astana ein weiterer Grund. In diesem Vertrag hatten die

neuimperialistischen Staaten Türkei, Russland und Iran die Aufteilung eines Nachkriegssyriens beschlossen. Die faschistische Erdogan-Regierung hielt sich nicht an ihre Zusagen, bis zum 25. Dezember 2017 gegen die in der Region Afrîn operierenden Verbände der faschistischen Al-Nusra-Front vorzugehen. Daher begannen Einheiten aus syrischer und russischer Armee – unterstützt von Schergen der Hisbollah-Miliz aus dem Libanon, die vom faschistischen Regime des Iran bezahlt werden - militärisch gegen die Region Idlib in Syrien vorzugehen. Damit die Türkei nicht ins Hintertreffen gerät, muss Erdogan jetzt mit Angriffen auf Rojava punkten.

Von Anfang an hatte das faschistische Regime in Ankara eine Doppeltaktik gefahren: Zu Beginn der Militäroperation "Schutzschild Euphrat" hatte Erdogan noch populistisch erklärt, er würde mit dieser Operation gegen die kurdischen "Terroristen" *und* gegen den IS vorgehen. Nur - wie oben am Beispiel Al-Nusra-Front zu sehen, ist das türkische Militär in der kompletten Zeit des Einsatzes nicht gegen die im entsprechenden Gebiet operierenden faschistischen Mörderbanden vorgegangen.

Im Gegenteil hat sich die türkische Regierung schon während des Kampfs um Kobanê von 2014 bis 2015 als Unterstützer des IS herausgestellt. Nachdem Erdogan auch jetzt nicht gegen die Faschisten vorgeht, gegen die Verbände der YPG/YPJ und der Demokratischen Kräfte Syriens (SDF) aber mit voller Härte, bleibt von den markigen Ankündigungen nur noch der Kampf gegen die Freiheitskämpfer aus Rojava übrig.

Der US-Imperialismus wiederum versucht die Demokratischen Kräfte Syriens (SDF), deren aktiver Kern die YPG/YPJ sind, für seine imperialistischen Ziele im Nachkriegssyrien zu missbrauchen. So wurde am Samstag bekannt, dass die USA eine kurdisch dominierte Grenztruppe in Syrien aufbauen will. Erdogan ließ noch am selben Tag über seinen Sprecher erklären, dass sei nicht hinnehmbar.

Indirekte Schützenhilfe leistet die deutsche Bundesregierung. Vor kurzem trafen sich Bundesaußenminister Sigmar Gabriel und sein türkischer Kollege Mevlüt Çavuşoğlu, um die Beziehungen – auch im rüstungstechnischen Bereich - wieder zu festigen. Als ein Signal von Berlin nach Ankara kann man es deuten, wenn am vergangenen Wochenende die Polizei auf Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Lenin-Liebkecht-Luxemburg-Demonstration losging und Demonstrantinnen und Demonstranten wegen des Tragens von Fahnen mit dem Konterfei Abdullah Öcalans verhaftete.

Imperialisten gegen den Kampf für Freiheit und Demokratie

Was Assad, Erdogan, aber auch Putin und Trump wiederum eint, ist der Hass und die Sorge vor einem neuen Aufflammen des Kampfs um Freiheit und Demokratie in der

Region. In den verschiedenen Ländern Iran, Tunesien, Palästina und auch der Türkei selbst, werden die positiven wie negativen Erfahrungen des arabischen Frühling ausgewertet. Schon entwickeln sich in verschiedenen Ländern neue Kämpfe - Vorboten kommender Aufstände. Zum Teil wurden und werden die Erfahrungen auch über die ICOR-Parteien ausgetauscht. Rojava, bzw. das demokratische Nordsyrien ist allen Imperialisten ein Dorn im Auge. Mit seinem Kampf auf der Grundlage der Gleichberechtigung der Ethnien und Religionen ist der Kampf der SDF Vorbild weit über die Region hinaus.

Die MLPD, als Mitglied der internationalen revolutionären Weltorganisation ICOR verurteilt die Angriffe von türkische Armee und faschistischen Milizen auf Afrîn aufs schärfste. Die ICOR steht im Rahmen ihres Solidaritätspaktes an der Seite des kurdisch-arabischen Kampfs um Freiheit und Demokratie.